NACHRICHTEN

SOMALIA

Nato-Flottenverband gegen Piraten unterwegs ans Horn von Afrika

Brüssel - Ein Flottenverband der Nato hat am Mittwoch den Suezkanal durchfahren, um vor der Küste Somalias Piraten zu bekämpfen und Frachtschiffe zu beschützen. Zu dem Verband des Verteidigungsbündnisses, der aus insgesamt sieben Schiffen besteht, gehören auch die deutsche Fregatte "Karlsruhe" sowie das Versorgungsschiff "Rhön".

Zeitung: Regierung ordnete

"Waterboarding" schriftlich an Washington - Die Regierung von US-Präsident George W. Bush hat der umstrittenen Verhörmethode "Waterboarding" ausdrücklich schriftlich zugestimmt, bei der einem Verhörten vorgetäuscht wird, dass er ertränkt wird. Da es bis dahin keine schriftliche Genehmigung der Regierung für das bereits angewendete Vorgehen gegeben habe, seien auf Drängen des Geheimdienstes CIA in den Jahren 2003 und 2004 zwei geheime Anordnungen erlassen worden, berichtete die "Washington Post". Die US-Regierung wollte den Bericht auf Anfrage nicht kommentieren. AFP

Umfrage: Obama baut Vorsprung vor McCain erneut deutlich aus

WASHINGTON - Vor ihrem dritten und letzten Fernsehduell hat der US-Präsidentschaftskandidat Barack Obama den Vorsprung vor seinem Rivalen John McCain deutlich ausbauen können. Nach einer von der "New York Times" und CBS News veröffentlichten Umfrage lag Obama mit 53 Prozent Zustimmung mittlerweile 14 Punkte vor dem Konkurrenten McCain.

EUROPÄISCHE UNION

Konservative wollen Barroso weiter als EU-Kommissionspräsident

Brüssel - Der Präsident der Europäischen Kommission, Jose Manuel Barroso, soll nach dem Willen der europäischen Konservativen auch nach 2009 im Amt bleiben. Die in der Europäischen Volkspartei (EVP) vereinten EU-Staatsund Regierungschefs verständigten sich am Mittwoch darauf, Barroso für eine zweite Amtszeit vorzuschlagen, hieß es am Rande des EVP-Treffens in Brüssel. Der Vorschlag soll auf eine deutsche Initiative zurückgehen.

Einigung auf Truppenabzug der USA bis Ende 2011

BAGDAD - Nach monatelangen Verhandlungen haben sich der Irak und die USA auf die Grundzüge eines Truppenabzugsabkommens verständigt. Die amerikanischen Soldaten müssten das Land bis Ende 2011 verlassen, wenn der Irak nicht ausdrücklich um eine Verlängerung des Einsatzes bitten sollte, teilte die Regierung in Bagdad am Mittwoch mit. Die irakischen Behörden hätten zudem künftig das Recht, US-Soldaten wegen schwerer Verbrechen anzuklagen.

DEUTSCHLAND **Versuchsendlager Asse**

hat noch keinen neuen Betreiber

BERLIN - So schnell, wie das Forschungsministerin Annette Schavan (CDU) und Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) angekündigt haben, wird das umstrittene Versuchsendlager Asse nicht an das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) übertragen werden. Bei einem Fachgespräch der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Berlin sagte Bärbel Brumme-Bothe vom Forschungsministerium, derzeit sei der 29. Oktober für die notwendige Kabinettsentscheidung "angepeilt". Offenbar gibt es im Kabinett noch Abstimmungsbedarf über die Kosten.

Neun Weise für Einwanderung

Deutsche Stiftungen berufen einen "Sachverständigenrat für Integration und Migration"

Von Andrea Dernbach

Berlin - Die deutsche Einwanderungsund Integrationspolitik hat gute Chancen, bald strenger Prüfung ausgesetzt zu sein: Acht deutsche Stiftungen, darunter mehrere große, haben einen "Sachverständigenrat für Integration und Migration" berufen und wollen in das Projekt in den nächsten drei Jahren 1,7 Millionen Euro investieren. Der Rat unter Vorsitz des Doyens der deutschen Migrationsforschung, des Historikers Klaus J. Bade, ist ausschließlich mit Wissenschaftlern besetzt und soll nicht nur unabhängig von politisch-institutionellen Vorgaben arbeiten, auch die beteiligten Stiftungen haben ihm volle Unabhängigkeit zugesagt. Der Kuratoriumsvorsitzende des Sachverständigenrats, Johannes Raus früherer Staatskanzleichef Rüdiger Frohn, formulierte es drastisch: Man vermeide so, dass das "mittlere Management der Ministerien" wissenschaftliche Expertise per Geldvergabe "reguliert oder erdrosselt" oder die Politik "der Öffentlichkeit Gutachten entzieht, die nicht das gewünschte Ergebnis gebracht haben".

Dabei dürften die Anklänge an den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der bekannter als die "fünf Weisen" – seit 45 Jahren die Regierung in der Wirtschaftspolitik berät, nicht rein zufällig sein: Wie die Wirtschafts-werden auch die Migrationsweisen einen Jahresbericht zur Lage des Einwanderungslands Deutschland verfassen – der erste ist im Frühiahr 2010 geplant – und sich im Bedarfsfall zusätzlich zu aktuellen Fragen äußern. Anders als die Kollegin und die Kollegen der Wirtschaftswissenschaft ist der Rat der neun Migrationsexperten nicht per Gesetz eingerichtet. Doch Bedeutung für die Politikberatung könnte er als das "Kompetenzzentrum" bekommen, das er nach den Worten des Generalsekretärs der Volkswagenstiftung Wilhelm Krull schrittweise werden soll. Die Sachverständigen wollen unter anderem Material sammeln, das derzeit noch nicht verfügbar ist. Bade kündigte an, er und seine Kolleginnen und Kollegen würden sich nicht auf offizielle Statistiken verlassen, die in



Zusammenleben. Die Integrationspolitik wird künftig kritisch begleitet.

Foto: photothek.net

Kanadas Konservative

EIGENINITIATIVE

Einfluss auf Entscheider gewinnen

Der neue Rat, der ab Januar 2009 amtiert, ist das Werk von acht Stiftungen: von Volkswagen, von Bertelsmann, Hertie, Vodafone und der "Zeit" sowie der Körberstiftung, der Freudenberg-Stiftung und der Stiftung Mercator in Essen. Einige von ihnen enga-

gieren sich seit Jahren in der Migrantenförderung. Weitere sollen hinzukommen; mit der Bosch-Stiftung ist man im Gespräch. Vorbild sind, so Volkswagen-Generalsekretär Wilhelm Krull, Denkfabriken wie Carnegie oder die **Brookings Institution**. Die

Stiftungen versprechen sich von dem Joint Venture mehr Einfluss auf die Politik. Man habe sich zur Eigeninitiative entschieden, weil die gerade zur zentra-Ien Politikberaterin ausgerufene Gelehrtengesellschaft **Leopoldina** für dieses Feld noch nicht gerüstet sei. ade puncto Migranten noch zu dünn seien, sondern eigene Befragungen in Auftrag geben. Was der Staat tue, sei richtig und wichtig, aber zu wenig. Die von der Integrationsbeauftragten Böhmer geplanten Untersuchungen mit Hilfe von Integrationsindikatoren etwa krankten am Mangel an brauchbaren Daten.

Bade und seine acht Kollegen - darunter die Bremer Bildungsforscherin und Turkologin Yasemin Karakasoglu, der Autor des österreichischen Integrationsberichts Heinz Faß-

Die Experten wollen nicht nur offizielle **Statistiken** auswerten

mann, die Göttinger Professorin für öffentliches Christine Langenfeld und Thomas Straubhaar, Direktor des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts - wollen auch inhaltlich

Wege gehen: "Wir fragen nach beiden Seiten der Einwanderungsgesellschaft, nach den Migranten und der Mehrheitsgesellschaft", sagte Bade. Der Sachverständigenrat folge auch einem anderen Begriff von Integration: "Integration verstehen wir als Partizipation." Man könne der dritten Einwanderergeneration nicht mehr sagen: "Integriert euch mal". Die werde dann nach ihrer Teilhabe an der Gesellschaft fragen. Die frühere Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth, die den von der rot-grünen Bundesregierung berufenen und 2004 aufgelösten Zuwanderungsrat leitete, sagte, sie glaube nicht, dass der Begriff "Integration" noch lange die Debatte prägen werde.

Der neue Rat will folgerichtig nicht nur als Politikberatungsagentur arbeiten, sondern auch fürs Volk: Zweiter Adressat seiner Arbeit werde die Bürgergesellschaft sein, sagte Bade, "damit wir wegkommen vom typisch deutschen negativen Begriff von Zuwanderung". Ohnehin sei Deutschland mit immer mehr Auswanderern "auf der Kippe vom Zuwanderungs- zum Abwanderungsland". Auch auf diesem Feld werde man ackern: "Für uns ist Migration nicht nur Zuwanderung, sondern auch Abwanderung."

DER TAGESSPIEGEL ZEITUNG FÜR BERLIN UND DEUTSCHLAND

Mixa: Neues

Kindergeld ist "Beleidigung"

BERLIN - Die Bundesregierung hat ein Ent-

lastungspaket auf den Weg gebracht, das

insbesondere Familien und Geringverdie-

nern helfen soll. Das Kabinett beschloss

am Mittwoch in Berlin, dass der Beitrag

zur Arbeitslosenversicherung Anfang

2009 für 18 Monate von 3,3 auf 2,8 Pro-

zent reduziert wird. Ab Juli 2010 gilt ein

Beitrag von 3,0 Prozent. Das Kindergeld

soll für die ersten beiden Kinder um zehn

Euro auf monatlich je 164 Euro erhöht

werden. Für jedes weitere Kind beträgt

die Erhöhung 16 Euro. Für das dritte Kind

gibt es demnach 170 Euro, ab dem vierten

Kind 195 Euro. Der Kinderfreibetrag bei

der Einkommenssteuer steigt um 200

Euro auf 6000 Euro. Zusätzlich können Fa-

milien haushaltsnahe Dienstleistungen

wie Putzdienste besser von der Steuer ab-

setzen. Neu ist ein Schulgeld für Kinder

aus Familien, die von Hartz IV oder Sozial-

hilfe leben. Sie bekommen bis zum Ab-

schluss der Jahrgangsstufe 10 zu Beginn je-

des Schuljahres zusätzlich 100 Euro für

Als völlig unzureichend hat der Augs-

burger Bischof Walter Mixa die Kinder-

gelderhöhung kritisiert. Monatlich zehn

Euro mehr pro Kind seien eine "Beleidi-

gung der Familien" und eine "grobe Miss-

achtung" ihrer Leistungen für die Gesell-

schaft. Die gestiegenen Lebenshaltungs-

kosten würden so nicht annähernd ausge-

glichen. Es sei ein "Skandal ersten Ran-

ges", dass die Regierung zur Rettung des

Bankensystems den Steuerzahler mit Ver-

pflichtungen in dreistelliger Milliarden-

höhe belaste, jeden Cent für Familien

ddp/KNA

Ranzen, Stifte oder Hefte.

aber dreimal umdrehe.

Pflichtblatt der Börse Berlin

Verleger: Dr. Stefan von Holtzbrinck

Dr. Pierre Gerckens Giovanni di Lorenzo, Dr. Hermann Rudolph

Chefredakteure: Stephan-Andreas Casdorff, Lorenz Maroldt

Gerd Appenzeller

Tissy Bruns (Politische Chefkorrespondentin), Malte Lehming (Meinung), Ingrid Müller (Politik)

Ewald B. Schulte (Investigation) Norbert Thomma (Sonntag)

Autor: Harald Martenstein Ressortleitungen: Politik: Lutz Haverkamp, Armin Lehmann; Berlin/Brandenburg: Gerd Nowakowski Wirtschaft: Moritz Döbler; Sport: Robert Ide;

Kultur: Christiane Peitz, Rüdiger Schaper; Wissen/Forschen: Dr. Hartmut Wewetzer Verantwortliche Redakteure: Wolfgang Prosinger (Die Dritte Seite); Dr. Moritz Schuller (Meinung/ Politische Literatur), Dr. Ania Kühne (Bildung)

Dr. Joachim Huber (Medien) Rolf Brockschmidt (Beilagen/Sondertheme Eric Metzler (Mobil/Immobilien);

Ulrich Amling (Ticket/Spielzeit) Redakteure für besondere Aufgaben: Dr. Peter von Becker (Kulturautor), Dr. Elisabeth Binder, Bernd Matthies,

Harald Schumann, Helmut Schümann Reporter: Werner van Bebber, Deike Diening Caroline Fetscher, Sven Goldmann, Frank Janser Bas Kast, Friedhard Teuffel

Parlamentsredaktion: Antje Sirleschtov (Leitung) Robert Birnbaum (Reporter), Cordula Eubel,

Stephan Haselberger, Hans Monath os: Washington: Dr. Christoph von Marschall London: Markus Hesselmann; Potsdam: Thorsten Metzne

Chef vom Dienst: Thomas Wurster Artdirectorin: Ursula Dahmen toredaktion: Kai-Uwe Heinrich (Tel. (030) 26009-317)

Die Redaktionen von "Der Tagesspiegel", Berlin, und "Handelsblatt", Düsseldorf, kooperieren. Verlag Der Tagesspiegel GmbH

Vorsitzender des Beirates: Dr. Stefan von Holtzbrinck

Geschäftsführung: Frank Lüdecke (Sprecher)

Dr. Marion Bleß Vertriebsleitung: Axel König

Anzeigenleitung: Jens Robotta Registergericht: AG Charlottenburg 93 HRB 43850 Erfüllungsort und Gerichtsstand: Berlin-Tiergarten Postanschrift: 10876 Berlin

Sammel-Telefon (030) 26009-0 Sammel-Telefax (030) 26009-332 Internet-Adresse: http://www.tagesspiegel.de E-Mail: redaktion@tagesspiegel.de

Druck: Druckhaus Spandau, Brunsbütteler Damm 156–172, 13581 Berlin Vertrieb Einzelverkauf außerhalb Berlin/Brandenburg: asv vertrieb gmbh, Süderstraße 77, 20097 Hamburg Amtliches Bekanntmachungsblatt

für das Handelsregister von Berlin Mitbegründet von Erik Reger und Walther Karsch, fortgeführt von Franz Karl Maier und Dieter von Holtzbrinck

Zentraler Abonnentenservice: Tel. (030) 260 09-500 Zentraler Anzeigenservice: Tel. (030) 260 09-700 Geschäftsstelle im Verlagshaus: Berlin-Mitte, Potsdamer Straße 77-87 Monatlicher Abonnementpreis bei täglicher Erscheinung

weise: in Berlin und Brandenburg $25,90 \in (Quartal\ 77,70 \in$, Halbj. $150,75 \in$, jährlich $295,30 \in$); überregional $26,20 \in (Quartal\ 78,60 \in$, Halbj. $152,50 \in$, jährlich $298,70 \in$); emium-Abo 28,10€ (inkl. "Zitty" 14-täglich, nur in Berli und Brandenburg, Quartal 84,30 $\stackrel{.}{\in}$, Halbj. 163,60 $\stackrel{.}{\in}$, jährlich 320,35 $\stackrel{.}{\in}$); Wirtschafts-Kombiabo 26,90 $\stackrel{.}{\in}$ (inkl. "Berlin maximal" zehnmal jährlich, Quartal 80,70 €, Halbj. 156,60 €, jähr lich 306,70€); überregional 27,20€ (Quartal 81,60€, Halbj. 158,30€, jährlich 310,10€); Kombiabo mit "Zweite Hand Bootshandel" (einmal monatlich) 26,30 € (Quartal 78,90 €, Halbj. 153,10 €, jährlich 299,85 €), überregional 26,50 € (Quartal 79,50€, Halbj. 154,25€, jährlich 302,10€); Stu denten einheitlich 13,50€ monatlich (inkl. "Karriere" einma monatlich); Premium-Studentenabo einheitlich 15,90 \in monatlich (inkl. "Karriere" einmal monatlich und "Zitty" 14-täglich, nur in Berlin und Brandenburg); Wirt schafts-Kombiabo Studenten 14,50 € (inkl. "Berlin maximal zehnmal jährlich); Kombi-Studentenabo mit "Handelsblatt" börsentäglich einheitlich 20,25 € monatlich (inkl. "Karriere" einmal monatlich); inkl. 7% Umsatzsteuer und Zustellung in nerhalb Deutschlands. Die Abonnementsgebühren sind in Voraus fällig. Keine Ersatzansprüche bei Störungen durch höhere Gewalt. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 48. Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafba

Wir verwenden Zeitungspapier mit hohem Altpapierantei

Bei Razzia gegen "Heimattreue" belastendes Material gefunden

Berlin - Bei der bundesweiten Razzia gegen den rechtsextremen Verein "Heimattreue Deutsche Jugend" (HDJ) sind die Si- ohne die V-Leute zu gefährden. cherheitsbehörden nach Tagesspiegel-Informationen auf Beweise dafür gestoßen, dass der Verein eine Nachfolgeorganisation der seit 1994 verbotenen "Wiking Jugend"ist. Sie würden derzeit beim Bundesamt für Verfassungsschutz ausgewertet. Nach Angaben aus Ermittlerkreisen handelt es sich um "eine Art Geheimarchiv" der Wiking Jugend, das in der Wohnung eines Anwalts in Birkenwerder (Landkreis Oberhavel) gefunden wurde.

Wie aus Verfassungsschutzkreisen verlautete, wurden bei der Razzia auch massenhaft Daten aus Mobiltelefonen ausgelesen – auch aus dem Handy des brandenburgischen Rechtsanwaltes. Dadurch erhoffen sich die Ermittler weitere Erkenntnisse über die Vernetzung der Neonaziszene in Deutschland. Aus Polizeikreisen hieß es, die Razzia habe in weiten Teilen dazu gedient, V-Leute in der Szene zu schützen. Viele Informatiodeh | nen und Beweise seien den Fahndern be-

reits bekannt gewesen, hätten aber nicht in Verfahren verwendet werden können,

Der Innenausschuss des Bundestages verschob am Mittwoch die Befassung mit den Anträgen der Oppositionsparteien für ein Verbot der HDJ auf 12. November. Dann wollen die Koalitionsfraktionen aus Union und SPD selbst einen kürzlich vereinbarten eigenen Antrag einbringen, mit dem die Bundesregierung aufgefordert werden soll, ein Verbot zu prüfen. Das bestätigte Ausschussvorsitzender Sebastian Edathy (SPD) dem Tagesspiegel. Mit der Razzia wollte das Innenministerium nach eigenen Angaben prüfen, "ob sich die HDJ in aggressiv-kämpferischer Weise gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtet oder ihre Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderläuft". Edathy kritisierte erneut die Haltung des Ministeriums. Es gebe hinreichende Gründe für ein Verbot. Auch Verfassungsschützer hatten mit Verwunderung reagiert. Die meisten Dinge seien lange bekannt, viele Beweise vorhanden.

durch Neuwahlen gestärkt Berlin/Ottawa - Die seit 2006 in Ka-

nada regierenden Konservativen sind gestärkt aus der Parlamentswahl hervorgegangen. Regierungschef Stephen Harper hat das Wahlergebnis Vor- und Nachverfehlte am Dienstag aber das Ziel der von ihm angesetzten Neuwahl, seine mit knapper Minderheit der Parlamentssitze regierende Partei

auf

durch eine absolute Mehrheit zu stär- Der Druck ken. Als Grund wurde unter anderem sein Umgang Deutschland mit der globalen Finanzkrise gesehen.

wird wachsen Die Konservativen erlangten mit

37.7 Prozent der Stimmen 143 Sitze im Unterhaus des Parlaments in Ottawa. 155 Sitze sind für eine Mehrheit erforderlich. Die Regierung ist also auch weiter darauf angewiesen, bei wichtigen Abstimmungen Unterstützung unter den drei Oppositionsparteien zu suchen, also bei den politisch links der Mitte liegenden Liberalen, der

Regionalpartei Bloc Québécois und der sozialdemokratischen NDP. Aus deutscher und europäischer Sicht

teile. Einerseits will sich Harper dafür einsetzen, Handelshemmnisse gegenüber der EU weiter abzubauen, so auch bei dem am Freitag stattfindenden EU-Kanada-Gipfel. Andererseits dürfte nach dieser Wahl der Druck auf Deutschland und andere Nato-Staaten wachsen, sich bei der Aufstandsbekämpfung im Süden Afghanistans stärker einzusetzen. Denn Harper hatte sich im Wahlkampf unter wachsendem Druck der Bevölkerung festgelegt, die kanadische Armee 2011 aus Südafghanistan abzuziehen.

Eine interessante Lehre könnte die kanadische Wahl darüber hinaus für die deutsche Innenpolitik bereithalten: Angesichts der in Hessen bevorstehenden Minderheitsregierung zeigt Kanada, dass derartige Regierungen manchmal langlebiger sind als gedacht. Lars von Törne

- Meinungsseite

Hunderttausende fliehen vor den Kämpfen

In Sri Lankas Norden stehen Regierungstruppen vor der Tamilenhauptstadt / Hilfsorganisation hofft auf internationalen Druck

Von Ingrid Müller

Berlin - Im Norden Sri Lankas tobt ein Krieg fast ohne Zeugen. Ausländer mussten vor Wochen gehen. Auch einheimische Helfer wie die Mitarbeiter der Hilfsorganisation Sewa Lanka waren jüngst von der Regierung aufgefordert worden, das Gebiet zu verlassen. Man könne ihre Sicherheit in dem Krieg zwischen Regierungstruppen und den Tamilentigern (LTTE, Liberation Tigers of Tamil Eelam) nicht gewährleisten. Sewa Lanka hat sein Büro also auf das Regierungsgebiet im Grenzort zur von der LTTE kontrollierten Region, Vavunyia, verlegt, wie deren Gründer Harsha Navaratne dem Tagesspiegel berichtete. 510 seiner 530 lokalen Mitarbeiter aber durften letztlich im Wanni bleiben. Und beide Konfliktparteien scheinen ganz froh darüber zu sein, denn inzwischen sind mehr als die Häfte der rund 400 000 Einwohner des Gebietes auf der Flucht vor den Kämpfen: 250000 Menschen.

Ein monatelanges Martyrium beschreibt Navaratne. "Die Menschen, die gerade vier Jahre ein ganz gutes Leben hatten, fliehen vor den Kämpfen. Erst

zehn Kilometer. Dann kommen die Kämpfe hinterher, sie fliehen wieder zehn, 15 Kilometer. Sie sind ständig unterwegs." Kinder gehen nicht in die Schule, manche haben nicht mal einen Schlafplatz für die Nacht.

Navaratne teilt die Flüchtlinge in drei Gruppen ein. Die ersten flüchten mit der Familie zu Freunden, die zweiten sind in kleinen Gruppen unterwegs, sie bleiben in Tempeln oder Schulen, eine weitere aber wisse nicht wohin und schlafe im Freien unter Bäumen. "Diesen versuchen wir so zu helfen, dass wir ihnen Material für eine Unterkunft geben, das sie immer mitnehmen können", sagt Navaratne. Seine Leute hätten Anweisung, immer mit den Menschen mitzuziehen. "Das alles ist sehr schwierig. Niemand kann sagen, wo es sicher ist."

Er hofft darauf, dass bei Verhandlungen Ende der Woche Sicherheitszonen ausgewiesen werden, in denen Zivilisten unbehelligt bleiben. Inzwischen soll auch ein zweiter UN-Hilfskonvoi auf dem Weg ins Sperrgebiet sein. Noch sei die Zeit nicht reif, dass Tamilen in Scharen das LTTE-Gebiet verließen, sagt Navaratne. Trotz der heftigen Attacken

TAGESSPIEGEL-SPENDEN Schule wird fertig

Die von Harsha Navaratne gegründete Hilfsorganisation Sewa Lanka ist Partnerorganisation der Deutschen Welthungerhilfe. Gemeinsam betreuen sie Projekte, die nach dem Tsunami mit Spendengeldern von Tagesspiegel-Lesern finanziert wurden. Alle Häuser im Bezirk Mullaitivu an der Küste stehen noch, es gibt bis heute keine Schäden durch den Krieg, sagt er. In anderen Gegenden wurden neue Häuser anderer Organisationen dem Erdboden gleichgemacht. Die Techniker-Schule in Trincomalee habe nach dem langen Baustopp inzwischen ein Dach. "Im März feiern wir die **Eröffnung**", sagt Navaratne. Auch mit dem letzten Fischtrawler, der wegen der Kämpfe bisher nicht ausgeliefert wurde, hat er etwas vor: "Wir haben einen Antrag gestellt, auf dem Boot junge Leute zu Fischern auszubilden." Auf seetaugliche Schiffe hat die Regierung ein waches Auge – sie könnten von der LTTE für den Krieg eingesetzt werden. mue

seien in den vergangenen zwei Monaten 2000 Menschen von dort geflohen. Beobachter hatten gedacht, es würden mindestens zehnmal so viele kommen. Aber, sagt Navaratne, die Tamilen bräuchten nicht nur einen LTTE-Passierschein. Gerade junge fürchteten sich vor Übergriffen des Militärs, weil sie seit zehn, zwölf Jahren im Tamilengebiet gelebt haben. "Diese Angst sitzt in den Köpfen der Familien." Das müsse auch die Regierung sehen und Vertrauen schaffen.

Als "ein gutes Signal" in Richtung der Tamilen wertet Navaratne den Umstand, dass jüngst der unter dem Namen Karuna bekannte abtrünnige Ex-LTTE-Kommandeur für den Osten als Parlamentsabgeordneter in Colombo vereidigt wurde. Navaratne träumt davon, dass Tiger-Abgeordnete einmal nach einer Wahl ganz normal Abgeordnete werden könnten: "Wenn es in Nepal geht, warum soll es nicht in Sri Lanka gehen?" Der Präsident sage immer, er wolle verhandeln. Nun ja, wenn die LTTE die Waffen abgebe. Doch dass sie das tun, daran glaubt Navaratne derzeit nicht so recht. Er will auch nicht von der "letzten Schlacht" um die Tamilenhauptstadt Kilinochchi sprechen. Obwohl er glaubt, dass diese Schlacht geschlagen werden wird. Jenseits des Tamilengürtels gebe es kaum jemanden, der für einen Stopp der Offensive wäre. Die Leute seien den 25 Jahre währenden Bürgerkrieg leid, nun könne die Regierungsarmee zum ersten Mal einen Sieg erringen könnte. "Kilinochchi ist eine Geisterstadt", sagt er. Vor zehn Tagen war er selbst mitten in der Kriegszone. "Da war die Armee sieben, acht Kilometer vor der Stadt." Die Regierung vermeldet die Front jetzt zwei Kilometer vom Zentrum, am Mittwoch seien 47 Aufständische und sechs Soldaten getötet worden.

Navaratne hofft, dass die Armee die Offensive anschließend stoppen und die LTTE fragen wird: "Warum kommt ihr nicht zu Verhandlungen?" Es werde auch internationalen Druck geben. "Die Geberländer fragen danach", sagt Navaratne und zählt die USA, die EU, Japan und Norwegen auf. Auch Sri Lankas Zivilgesellschaft wolle das. Er kann sich nicht vorstellen, dass die Regierung der Armee freie Hand lässt, um bis an die Küste im Nordosten vorzurücken. Wenn die Armee nicht innehalte, werde Sri Lanka zum schlimmsten Krisenherd in Südasien, warnt er.